

Stand: 01.07.2025 14:04:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22684

"Gleichstellung von Staatenlosen in Bayern sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22684 vom 12.05.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/24326 des VF vom 07.07.2022
3. Beschluss des Plenums 18/24676 vom 27.10.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.10.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gleichstellung von Staatenlosen in Bayern sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration zeitnah zu der Situation der Staatenlosen in Bayern Bericht zu erstatten.

Insbesondere soll der Bericht auf folgende Fragen eingehen, die in der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftlichen Anfragen der Abgeordneten Katharina Schulze und Gülseren Demirel (Staatenlose in Bayern, Drs. 18/15681 und Staatenlose in Bayern II, Drs. 18/20083) nicht ausreichend beantwortet wurden. Die aufgeführten Fragen nehmen Bezug auf die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage Staatenlose in Bayern II, Drs. 18/20083:

1. Da die Aussage der Staatsregierung, dass zwischen 2015 und 2018 Personen eingereist sind, die nachweislich keine Staatsangehörigkeit eines hierfür in Betracht kommenden Staates besaßen, sich mit Daten in der gleichen Antwort widersprechen, demnach ein klarer Anstieg der in Deutschland geborenen staatenlosen Kinder zu erkennen ist und wenn alle Fälle nach § 4 Staatsangehörigkeitgesetz (StAG) (Geburtsortprinzip) auch ohne erforderlichen Identitätsnachweise der Eltern eingebürgert würden, warum steigt dann die Zahl der hier geborenen staatenlosen Kinder?
2. Wie kann die Staatsregierung die Bewertung vornehmen, wonach statistisch betrachtet der Prozentsatz der Eingebürgerten bei Staatenlosen höher ist als bei Personen, die nicht staatenlos sind, wenn gleichzeitig nach § 33 StAG nur begrenzte Merkmale vorliegen, zu denen nicht die Staatsangehörigkeit bzw. das Vorliegen von Staatenlosigkeit gehören? Auf welche Datengrundlage wird dann die Zahl der eingebürgerten Staatenlosen als höher eingeschätzt als die eingebürgerten Personen, die nicht staatenlos sind?
3. Mittels welcher Kriterien wird derzeit die Mitwirkungsbereitschaft der Antragstellenden, die sich einbürgern möchten, bewertet? Und, inwiefern werden, im Fall von fehlender Mitwirkungsbereitschaft die potenziellen Gründe hierfür miteinbezogen (z.B. logistische Herausforderungen durch notwendige Reisen zu Botschaften, mangels finanzieller Ressourcen etc.)?
4. Die Staatsregierung führt aus, dass die Erfahrungen in entsprechenden Einzelfällen bei Staatenlosen, die behaupten staatenlos zu sein, gezeigt haben, dass sowohl gegenüber den Ausländerbehörden als auch in Einbürgerungsverfahren von Antragstellenden, deren Identität noch nicht hinreichend geklärt ist, zunächst teilweise auch das Vorliegen von Staatenlosigkeit geltend gemacht wird. Von wie vielen Einzelfällen ist hier die Rede und inwiefern lassen sich diese in Summe auf eine gesamte Gruppe übertragen?

5. Die Staatsregierung deutet darauf hin, dass im weiteren Verfahrensablauf der Einbürgerung ein älterer Nationalpass vorgelegt werden kann. Häufig ist die Problematik bei älteren Nationalpässen, dass diese nicht mehr gültig und dementsprechend die Staatsangehörigkeit nicht mehr wirksam ist. Eine unwirksame Nationalität bedeutet, dass Personen de facto staatenlos sind. Trifft es zu, dass der Fokus der Behörde darin liegt, die Identität zu klären oder darin, dass Antragstellende einen anderen Nationalpass erwerben, damit der deutsche daraufhin entweder nicht ausgestellt werden muss oder auf Basis dessen ausgestellt werden kann?
6. Welchen Grund aus der Perspektive der Antragstellenden gibt es, die Staatsangehörigkeit zu verbergen?
7. Der rechtmäßige Aufenthalt sowie das unbefristete Aufenthaltsrecht ist für viele Personen schwer zu erhalten und führt häufig dazu, dass Kinder bzw. deren Eltern bei Geburt (noch) nicht die Voraussetzungen für die deutsche Staatsangehörigkeit erfüllen. Was passiert demnach mit Kindern, deren Eltern eine ungeklärte Staatsangehörigkeit haben oder staatenlos sind und nicht die genannten Kriterien erfüllen? Erben diese Kinder den ungeklärten Status?
8. Seitens der Staatsregierung wird darauf hingewiesen, dass auch Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit eingebürgert werden können, sofern diese im Verfahren zur Klärung der Identität ihren Mitwirkungsobliegenheiten vollständig nachkommen. Ab wann gilt die Mitwirkungspflicht als erfüllt? Ab wann gilt die Identität einer Person mit ungeklärter Staatsangehörigkeit als geklärt?
9. Wie verhält sich die Aussage, dass „die Unmöglichkeit einer weitergehenden Aufklärung einer Einbürgerung nicht entgegen“ stehen würde zu der Aussage „Es ist bei dieser Sachlage nicht beabsichtigt, die Aufgabenverteilung zwischen Einbürgerungsbehörde und Antragstellenden abzuändern oder auf das Erfordernis einer Klärung von Identität und Staatsangehörigkeit zu verzichten“?
10. Betroffene berichten, dass sie nach mehrmaligen Vorsprechen bei den Botschaften erfolglos blieben und ihr Antrag auf Einbürgerung abgelehnt worden ist oder sich der Prozess jahrelang in die Länge gezogen hat. Ist es vorgeschrieben, wann der Antragstellende seine Mitwirkungspflicht ausreichend erfolglos nachgekommen ist und somit von dem Erfordernis der Klärung von Identität abgesehen werden kann?
11. Aus welchem Grund erfolgt die Prüfung der Ausländerbehörden zur Feststellung der Staatenlosigkeit einzelfallabhängig und nicht nach einem festen Prozessablauf? Welcher Vorteil besteht hier?



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/22684**

Gleichstellung von Staatenlosen in Bayern sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im ersten Satz die Wörter „dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration“ durch die Wörter „dem Landtag“ ersetzt werden.

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatler: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 7. Juli 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungmit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/22684, 18/24326

Gleichstellung von Staatenlosen in Bayern sicherstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah zu der Situation der Staatenlosen in Bayern Bericht zu erstatten.

Insbesondere soll der Bericht auf folgende Fragen eingehen, die in der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftlichen Anfragen der Abgeordneten Katharina Schulze und Gülseren Demirel (Staatenlose in Bayern, Drs. 18/15681 und Staatenlose in Bayern II, Drs. 18/20083) nicht ausreichend beantwortet wurden. Die aufgeführten Fragen nehmen Bezug auf die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage Staatenlose in Bayern II, Drs. 18/20083:

1. Da die Aussage der Staatsregierung, dass zwischen 2015 und 2018 Personen eingereist sind, die nachweislich keine Staatsangehörigkeit eines hierfür in Betracht kommenden Staates besaßen, sich mit Daten in der gleichen Antwort widersprechen, demnach ein klarer Anstieg der in Deutschland geborenen staatenlosen Kinder zu erkennen ist und wenn alle Fälle nach § 4 Staatsangehörigkeitgesetz (StAG) (Geburtsortprinzip) auch ohne erforderlichen Identitätsnachweise der Eltern eingebürgert würden, warum steigt dann die Zahl der hier geborenen staatenlosen Kinder?
2. Wie kann die Staatsregierung die Bewertung vornehmen, wonach statistisch betrachtet der Prozentsatz der Eingebürgerten bei Staatenlosen höher ist als bei Personen, die nicht staatenlos sind, wenn gleichzeitig nach § 33 StAG nur begrenzte Merkmale vorliegen, zu denen nicht die Staatsangehörigkeit bzw. das Vorliegen von Staatenlosigkeit gehören? Auf welche Datengrundlage wird dann die Zahl der eingebürgerten Staatenlosen als höher eingeschätzt als die eingebürgerten Personen, die nicht staatenlos sind?
3. Mittels welcher Kriterien wird derzeit die Mitwirkungsbereitschaft der Antragstellenden, die sich einbürgern möchten, bewertet? Und, inwiefern werden, im Fall von fehlender Mitwirkungsbereitschaft die potenziellen Gründe hierfür miteinbezogen (z.B. logistische Herausforderungen durch notwendige Reisen zu Botschaften, mangels finanzieller Ressourcen etc.)?
4. Die Staatsregierung führt aus, dass die Erfahrungen in entsprechenden Einzelfällen bei Staatenlosen, die behaupten staatenlos zu sein, gezeigt haben, dass sowohl

gegenüber den Ausländerbehörden als auch in Einbürgerungsverfahren von Antragstellenden, deren Identität noch nicht hinreichend geklärt ist, zunächst teilweise auch das Vorliegen von Staatenlosigkeit geltend gemacht wird. Von wie vielen Einzelfällen ist hier die Rede und inwiefern lassen sich diese in Summe auf eine gesamte Gruppe übertragen?

5. Die Staatsregierung deutet darauf hin, dass im weiteren Verfahrensablauf der Einbürgerung ein älterer Nationalpass vorgelegt werden kann. Häufig ist die Problematik bei älteren Nationalpässen, dass diese nicht mehr gültig und dementsprechend die Staatsangehörigkeit nicht mehr wirksam ist. Eine unwirksame Nationalität bedeutet, dass Personen de facto staatenlos sind. Trifft es zu, dass der Fokus der Behörde darin liegt, die Identität zu klären oder darin, dass Antragstellende einen anderen Nationalpass erwerben, damit der deutsche daraufhin entweder nicht ausgestellt werden muss oder auf Basis dessen ausgestellt werden kann?
6. Welchen Grund aus der Perspektive der Antragstellenden gibt es, die Staatsangehörigkeit zu verbergen?
7. Der rechtmäßige Aufenthalt sowie das unbefristete Aufenthaltsrecht ist für viele Personen schwer zu erhalten und führt häufig dazu, dass Kinder bzw. deren Eltern bei Geburt (noch) nicht die Voraussetzungen für die deutsche Staatsangehörigkeit erfüllen. Was passiert demnach mit Kindern, deren Eltern eine ungeklärte Staatsangehörigkeit haben oder staatenlos sind und nicht die genannten Kriterien erfüllen? Erben diese Kinder den ungeklärten Status?
8. Seitens der Staatsregierung wird darauf hingewiesen, dass auch Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit eingebürgert werden können, sofern diese im Verfahren zur Klärung der Identität ihren Mitwirkungsobliegenheiten vollständig nachkommen. Ab wann gilt die Mitwirkungspflicht als erfüllt? Ab wann gilt die Identität einer Person mit ungeklärter Staatsangehörigkeit als geklärt?
9. Wie verhält sich die Aussage, dass „die Unmöglichkeit einer weitergehenden Aufklärung einer Einbürgerung nicht entgegen“ stehen würde zu der Aussage „Es ist bei dieser Sachlage nicht beabsichtigt, die Aufgabenverteilung zwischen Einbürgerungsbehörde und Antragstellenden abzuändern oder auf das Erfordernis einer Klärung von Identität und Staatsangehörigkeit zu verzichten“?
10. Betroffene berichten, dass sie nach mehrmaligem Vorsprechen bei den Botschaften erfolglos blieben und ihr Antrag auf Einbürgerung abgelehnt worden ist oder sich der Prozess jahrelang in die Länge gezogen hat. Ist es vorgeschrieben, wann der Antragstellende seiner Mitwirkungspflicht ausreichend erfolglos nachgekommen ist und somit von dem Erfordernis der Klärung von Identität abgesehen werden kann?
11. Aus welchem Grund erfolgt die Prüfung der Ausländerbehörden zur Feststellung der Staatenlosigkeit einzelfallabhängig und nicht nach einem festen Prozessablauf? Welcher Vorteil besteht hier?

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP und Herr Kollege Klingen. Dann ist das so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. September 2022 (Vf. 15-VII-22 und Vf. 16-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 23 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S), zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021 (GVBl. 2022 S. 313, 396) – Vf. 15-VII-22 –
 und Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und f des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S), zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021 (GVBl. 2022 S. 313, 396) – Vf. 16-VII-22 –

PII-G1310.22-0014

Drs. 18/24534 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
 II. Die Anträge sind unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

Europaangelegenheiten

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Lebensmittelsicherheit
Rechtsvorschriften für Pflanzen, die mithilfe bestimmter neuer
genomischer Verfahren gewonnen werden
29.04.2022 - 22.07.2022
Drs. 18/22850, 18/24630 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/24630
veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Umweltauswirkungen der Abfallbewirtschaftung –
Überarbeitung der EU-Abfallrahmenrichtlinie
24.05.2022 - 16.07.2022
Drs. 18/23315, 18/24631 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/24631
veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Strategie für Solarenergie
 COM(2022) 221 final
 BR-Drs. 274/22
 Drs. 18/23860, 18/24624 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 18/24624 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Löschung von Unterlagen zum NSU-Komplex verhindern – Akten der bayerischen Sicherheitsbehörden sichern
 Drs. 18/11697, 18/24381 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Mehr Erholung für Familien – Einkommensgrenzen für staatlich bezuschusste Familienerholung endlich anheben
Drs. 18/21936, 18/24420 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Ausbau der bayerischen Jugend- und Schulsozialarbeit
Drs. 18/22106, 18/24361 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

8. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Inklusive Lösung in der Kinder- und Jugendhilfe rechtzeitig angehen
Drs. 18/22199, 18/24357 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Digitale Arbeit nachhaltig in der Arbeitswelt etablieren
Drs. 18/22202, 18/24362 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Ausweitung der Altersgrenze bei der Inanspruchnahme von Kindergeld und Kinderfreibeträgen im Rahmen der Coronapandemie
Drs. 18/22335, 18/24528 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)
Willkommenskultur für Kinder:
Einführung einer bayerischen Baby-Box für Neugeborene
Drs. 18/22343, 18/24419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Frauen an die Macht – Aufstieg von Frauen am Arbeitsmarkt erleichtern!
Drs. 18/22498, 18/24418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm zur Entlastung und Unterstützung für
Kindertageseinrichtungen bei der Integration geflüchteter Kinder
Drs. 18/22678, 18/24363 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Christian Flisek u.a. SPD
Kitas bei der Aufnahme von Flüchtlingskindern unterstützen
Drs. 18/22681, 18/24364 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufsspezifische Sprachkurse für Geflüchtete aus der Ukraine
Drs. 18/22683, 18/24358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz,
Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Arbeitsschutz in Bayern stärken
Drs. 18/22765, 18/24417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Mit 10 Cent pro gefahrenem Kilometer die Tafeln im Freistaat
zusätzlich unterstützen
Drs. 18/22847, 18/24416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Unterstützung für Tafeln aufgrund der gestiegenen Gaspreise
Drs. 18/22881, 18/24415 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Die Tafeln in Bayern aufgrund der gestiegenen Strompreise unterstützen
Drs. 18/22882, 18/24414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona I: Bayerische Corona-Datenlage verbessern, um Überblick über Infektionsgeschehen zu gewährleisten!
Drs. 18/22997, 18/24445 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona II: Kriterien für nötige Maßnahmen im Herbst/Winter 2022 wissenschaftsbasiert festlegen
Drs. 18/22998, 18/24487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona III: Digitalisierung auf Zack bringen, Gesundheitsämter personell und technisch fit machen!
Drs. 18/22999, 18/24493 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona IV: Offene Kitas und sicheren Regelbetrieb gewährleisten
Drs. 18/23000, 18/24409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona V: Kinder und Jugendliche zuerst, keinen weiteren Freizeit-Lockdown im Herbst
Drs. 18/23001, 18/24410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona VI: Jetzt Schulen für den Herbst fit machen – Technik und Material
Drs. 18/23002, 18/24426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona VII: Jetzt Schulen für den Herbst fit machen – Unterricht und Förderung
Drs. 18/23003, 18/24427 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona VIII: Tests für die Bevölkerung in Bayern kostenfrei und erreichbar machen
Drs. 18/23004, 18/24486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona IX: Bayerische Kliniken besser ausstatten!
Drs. 18/23005, 18/24488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona X: Mit dem Impfen aus der Pandemie kommen – national und weltweit!
Drs. 18/23006, 18/24489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XI: Expertise in Post- und Long-COVID-Versorgung in die Fläche tragen!
Drs. 18/23007, 18/24490 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XII: Hilfen bei psychischen Belastungen durch die Pandemie stärken
Drs. 18/23008, 18/24491 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XIII: Frauen und Kinder wirksam vor (häuslicher) Gewalt schützen
Drs. 18/23009, 18/24411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XIV: Gleichbehandlung von Kultur und vergleichbaren Lebensbereichen gewährleisten
Drs. 18/23010, 18/23698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XV: Kommunikation verbessern und Informationen aus einer Hand bereitstellen!
Drs. 18/23011, 18/24492 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Anerkennung von Ukrainisch als zweite Fremdsprache am Gymnasium
Drs. 18/23119, 18/24432 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Förderung von Beratungsangeboten für LGBTIQ* verstetigen
Drs. 18/23121, 18/24413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Tafeln brauchen staatliche Unterstützung
Drs. 18/23145, 18/24540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Unabhängige Evaluation für Luftfilter auf den Weg bringen
Drs. 18/23189, 18/24334 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern: umweltfreundliche Fracking-Gasförderung in Bayern ermöglichen!
Drs. 18/23211, 18/24327 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
Lehren aus dem Hochwasser 2021:
Katastrophenschutz für Herausforderungen rüsten II – Spontanhelfer
Drs. 18/23340, 18/24378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
Lehren aus dem Hochwasser 2021:
Katastrophenschutz für Herausforderungen rüsten III – Digitalisierung
Drs. 18/23341, 18/24377 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nutzhanfpotenziale stärker nutzen III –
Hanfbasierte Kosmetikprodukte uneingeschränkt zulassen
Drs. 18/23344, 18/24336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zu den Erfahrungen mit dem Katastrophenfall
Drs. 18/23546, 18/24376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunalstudie zu Angriffen und Anfeindungen gegenüber
Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern
Drs. 18/23582, 18/24375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewaltschutz in bayerischen Flüchtlingsunterkünften
Drs. 18/23593, 18/24382 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>